

## Einladung

Mitglieder des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung

Minister für Infrastruktur und Landesplanung

nachrichtlich: Präsidentin des Landtages  
Geschäftsstellen der Fraktionen  
Ministerin und Chefin der Staatskanzlei  
Präsident des Landesrechnungshofes  
Landesbeauftragte für den Datenschutz und  
für das Recht auf Akteneinsicht  
Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung  
der Folgen der kommunistischen Diktatur  
Beauftragte für Polizeiangelegenheiten des Landes Brandenburg  
Beauftragter zur Bekämpfung des Antisemitismus im Land Brandenburg  
Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden  
Kabinettreferate aller Ministerien

**9. (öffentliche) Sitzung  
des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung  
Donnerstag, den 13. November 2025  
13.00 Uhr  
Raum 1.050 (Livestream/Aufzeichnung)**

Landtag Brandenburg  
Alter Markt 1  
14467 Potsdam

## Tagesordnung (Entwurf):

### 1. **Illegalle Strukturen beim taxiähnlichen Gewerbe (auf Antrag der CDU-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung*

### 2. **Elbe-Elster „de facto von der Bahnlandkarte gestrichen“ – Angekündigte Ausdünnung des Schienenverkehrsangebotes in Elbe-Elster und ihre Auswirkungen auf Berufspendler und Schüler (auf Antrag der AfD-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung*

### 3. **Derzeitiger Zustand von schiffbaren Wasserstraßen samt flankierender Anlagen wie Schleusen und Wehranlagen, aber auch Brücken über die Wasserstraßen in Brandenburg und Ausblick auf zukünftigen Handlungsbedarf mit Blick auf eine mögliche steigende touristische und gewerbliche Nutzung (auf Antrag der AfD-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung*

### 4. **Vorstellung des Gutachtens zu den Auswirkungen des Konnexitätsprinzips im ÖPNV (auf Antrag der SPD-Fraktion und der BSW-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung*

### 5. **Verkehrsministerkonferenz vom 29. bis 30. Oktober 2025 (auf Antrag der SPD-Fraktion und der BSW-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung*

### 6. **Stärkung der Heidekrautbahn auf dem nördlichen und westlichen Streckenast (auf Antrag der CDU-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung*

**7. 10-Minuten-Takt für die Außenäste der S-Bahn (S1, S2, S5, S46): Planungsstand und Perspektiven im Projekt i2030 (auf Antrag der CDU-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung*

**8. Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken: Ergebnisse, Prioritäten und Finanzierung (auf Antrag der CDU-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung*

**9. Neufestsetzung der Mietpreisbegrenzungsverordnung und Kappungsgrenzenverordnung (auf Antrag der SPD-Fraktion und der BSW-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung*

**10. Weiteres Verfahren und Einbringung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Novellierung der Brandenburgischen Bauordnung (auf Antrag der SPD-Fraktion und der BSW-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung*

**11. Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung, Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der BSW-Fraktion, Drucksache 8/1970 (auf Antrag der SPD-Fraktion und der BSW-Fraktion)**

Verständigung über das weitere Verfahren, Antrag auf Durchführung einer Anhörung (vorbehaltlich der Überweisung)

**12. Verschiedenes**

**12.1 Möglicher Vor-Ort-Termin am Flugplatz Neuhardenberg (aufgrund Ausschusssverständigung in der 8. Sitzung)**

*Verständigung*

gez. Rescher  
Vorsitzender

## **Anlage/n:**

### **Zu TOP 11:**

- 11.1 Antrag der SPD-Fraktion und der BSW-Fraktion auf Durchführung einer Anhörung**

*Die interessierte Öffentlichkeit, Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien werden gebeten, sich möglichst bis zum Vortag beim Sekretariat unter der E-Mail ausschussa@landtag.brandenburg.de oder der Telefon-Nr. 0331 966-1127 anzumelden.*

*Besucherinnen und Besucher, für deren Teilnahme an der Sitzung Maßnahmen für den barrierefreien Zugang erforderlich sind, werden um einen entsprechenden Hinweis bei der Anmeldung gebeten. Bitte haben Sie Verständnis, dass in diesen Fällen ein gewisser zeitlicher Vorlauf für die Planung entsprechender Maßnahmen erforderlich ist. Eine Platzreservierung erfolgt im Rahmen der Möglichkeiten in der Reihenfolge der Anmeldungen. Bitte beachten Sie, dass im und am Landtagsgebäude keine Parkplätze zur Verfügung stehen.*

*Die Sitzung des Ausschusses wird live im Internet übertragen und aufgezeichnet. Die Sitzung kann per Livestream über die Website des Landtages <http://www.landtag.brandenburg.de> mitverfolgt werden. Eine Aufzeichnung der Sitzung ist in der Regel am Folgetag auch in der Mediathek für einen Zeitraum von sechs Monaten über die Website des Landtages abrufbar.*

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung  
Herrn Norbert Rescher, MdL

im Hause

**EINGANG - AIL**

Nr.: 075  
am: 07.11.2025  
Erl.: Kl. Verteiler, MIL

Potsdam, den 07.11.2025

**Antrag auf Durchführung einer Anhörung zu dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der BSW Fraktion für ein**

**Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (Drucksache 8/1970)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

seitens der SPD-Fraktion sowie der BSW-Fraktion wird vorgeschlagen, im Rahmen der AIL-Sitzung am 13. November 2025 folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Ausschuss führt vorbehaltlich der federführenden Überweisung des o.g. Gesetzesentwurfs in seiner Sitzung am 11. Dezember 2025 eine öffentliche Anhörung durch.
2. Angehört werden sollen die kommunalen Spitzenverbände sowie der Landesverband Erneuerbare Energien Berlin Brandenburg e. V. (LEE BB).
3. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, dass jede Fraktion bis zum 17. November 2025 einen weiteren Anzuhörenden benennt.
4. Ein Fragenkatalog wird nicht erstellt. Die Anzuhörenden werden vielmehr gebeten, ihre Einschätzung zu dem Beratungsgegenstand anhand der sich für sie ergebenden Fragestellungen darzulegen.
5. Das Eingangsstatement soll zehn Minuten nicht überschreiten.

Martina Maxi Schmidt

Jenny Meyer

gez.  
für die SPD-Fraktion

gez.  
für die BSW-Fraktion